

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. PM 177
20.02.2008

Biomasseproduktion zur Energiegewinnung braucht verbindliche internationale Standards

Zu der von den Grünen initiierten gemeinsamen Anhörung dreier Bundestagsausschüsse zum Thema "Biomasse – Chancen und Risiken für globalen Klimaschutz, biologische Vielfalt, Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie Armutsbekämpfung" erklärt Thilo Hoppe, Leiter der AG Globalisierung

Die energetische Nutzung von Biomasse kann sowohl ein Beitrag zum Klimaschutz als auch zur Armutsbekämpfung sein – aber nur dann, wenn verbindliche internationale Standards für starke ökologische und soziale Leitplanken sorgen. Geschieht dies nicht, kann sich die energetische Nutzung von Biomasse sogar sehr negativ für das Klima, die biologische Vielfalt und das Recht auf Nahrung auswirken.

Palmölplantagen, für die tropischer Regenwald in Indonesien abgefackelt wurde, sind ein klimapolitischer Aberwitz und Öl von diesen Plantagen hat nichts in deutschen Heizkraftwerken zu suchen. Andererseits zeigt das brasilianische Biodieselprogramm, dass bei entsprechender politischer Rahmensetzung, die Kleinbauern begünstigt, der nachhaltige Anbau von Ölpflanzen einen wirkungsvollen Beitrag zur Armuts- und Hungerbekämpfung sein kann. Weltweit erfolgt gegenwärtig die Weichenstellung und Standardsetzung für Produktion und Handel von Bioenergie. Wir müssen dafür sorgen, dass dies in einer transparenten und partizipativen Weise geschieht. Die vor kurzem im Kabinett verabschiedete "Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung" leistet das nicht und muss deshalb nachgebessert werden.

Die Nutzung von Bioenergie macht nur Sinn, wenn sie tatsächlich einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leistet, was bei Ethanol aus Mais und Getreide kaum der Fall ist. Sozial ist sie nur zu vertreten, wenn auch Kleinbauern und nicht nur Agrarkonzerne von ihr profitieren und das Recht auf Nahrung nicht gefährdet wird.

Ein Zertifizierungssystem, das nur auf Nachhaltigkeits- und Sozialstandards für die Biomasseproduktion und –verarbeitung abzielt, reicht nicht aus, weil es Verdrängungs- und Ausweicheffekte, die andere Sektoren betreffen, nicht berücksichtigt.

Deshalb kann die Diskussion über Sozial- und Umweltstandards nicht auf Energiepflanzen beschränkt bleiben, sondern muss auf die Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgeweitet werden und zu einem verantwortungsbewussten Ressourcenmanagement führen.

Pressemitteilung (<http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/221/221094@de.html>)